

Beschluss des Landrats vom 30.03.2023

Nr. 2116

18. Fragestunde der Landratssitzung vom 30. März 2023 2023/92; Protokoll: pw

1. Hanspeter Weibel: Easytax durch das Etax System ersetzt

Hanspeter Weibel (SVP) erklärt einleitend, dass das bislang bewährte Offline-System durch ein Online-System ersetzt wurde. Die praktischen Erfahrungen haben ergeben, dass das Online-System häufig auch offline ist, ohne klare Mitteilung, weshalb und welches das Problem ist. Der Antwort des Regierungsrats ist zu entnehmen, dass daran gearbeitet und so klarer wird, was mit den Daten passiert. Die dritte Frage wurde offensichtlich falsch verstanden, weshalb er sie nochmals stellen möchte. Die Daten aus dem «EasyTax» sind bei der Steuerverwaltung hinterlegt und wurden ins «E-Tax» übernommen. 1. Zusatzfrage: *In wessen Verantwortung liegt es, wenn vorbestehende Daten aus «EasyTax» unvollständig in «E-Tax BL» übernommen werden?*

Es ist an sich erfreulich, dass Steuerauszüge der Bank automatisch eingelesen werden können. Problematisch ist aber, dass einzelne Positionen falsch zugewiesen werden. 2. Zusatzfrage: *In wessen Verantwortung liegt es, wenn elektronische Bankauszüge (eSteuerauszug) beim Ausfüllen der elektronischen Steuererklärung verwendet/hochgeladen werden, jedoch nicht alle Daten korrekt übernommen werden?*

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) wird dies abklären. [siehe [Nachtrag](#)] Wartungsfenster sollen künftig frühzeitiger und offensiver kommuniziert werden.

2. Ronja Jansen: Welche Auswirkungen hat das Credit-Suisse-Debakel aufs Baselbiet?

Ronja Jansen (SP) hat zwei Zusatzfragen zur Antwort zur zweiten Frage. Dort hatte sie gefragt, wie viele Wohneinheiten die neue Gross-UBS im Baselbiet eigentlich besitze. Der Regierungsrat legt dar, dass diese Zahlen nicht bekannt sind. Für andere Kantone liegen diese Informationen jedoch vor. Es ist bekannt, dass in Basel nun fast jede 20. Wohnung der neuen UBS gehört und dass der Grossanleger neu rund 44 % des Nettovermögens aller Immobilienfonds in der Schweiz auf sich vereint. Dies birgt grosse Gefahren durch eine Machkonzentration auf dem Wohnungsmarkt. 1. Zusatzfrage: *Gedenkt der Regierungsrat, die Datenlage im Hinblick auf die beschriebene Gefahr zu ändern und herauszufinden, wie viele Wohneinheiten die neue UBS besitzt?* 2. Zusatzfrage: *Welche regulatorischen Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um einen möglichen Machtmissbrauch der vergrösserten UBS im Mietmarkt zu beschränken?*

Jan Kirchmayr (SP) stellt fest, beim Arbeitsplatzverlust gehe es auch um die Lernenden. Zusatzfrage: *Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um den Lernenden der Credit Suisse einen nahtlosen Übergang zu ermöglichen?*

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) erklärt, die Erkundigungen hätten ergeben, dass die CS im Baselbiet keine Immobilien hat, die sie direkt vermietet – aber sie hat Immobilien in Fonds. Wie viele Immobilien jedoch in den Fonds sind, wie viele vermietet sind und wie viele nun direkt einer Gefahr ausgesetzt sind, weiss er aber nicht. Intern wurde die Frage diskutiert und das Risiko wurde als eher gering eingeschätzt. Weshalb? Die CS geht in der UBS auf und damit sollte für die Immobilienfonds eine gewisse Sicherheit bestehen. Dabei handelt es sich lediglich um eine erste Auslegeordnung und Regierungsrat Anton Lauber wird der Frage vertiefter nachgehen.

Zur Frage der regulatorischen Möglichkeiten gegen Machtmissbrauch im Bereich der Mieten: Das Mietgesetz ist gut und schützt die Mieterinnen und Mieter gegen missbräuchliche Mieten etc. Gegen solche kann bei der Mietschlichtungsstelle geklagt werden. Ansonsten ist Regierungsrat Anton Lauber zurzeit kein anderes Instrument bekannt. Aus Sicht des Regierungsrats besteht noch keine akute Gefahr, die ein Eingreifen erfordern würde.

Der Kanton hat freie Lehrstellen. Ein Werbespot: Es gibt auch viele Lehrstellen im IT-Bereich.

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) führt aus, die Lernenden hätten laufende Lehrverträge mit der Credit Suisse. Diese sind bis zur Integration der CS in die UBS weiterhin gültig. Sie geht davon aus und erwartet dies auch von der UBS, dass diese die Lernenden weiterausbildet. Die UBS ist auf Lernende und junge Fachkräfte angewiesen und wird ein Interesse daran haben, die Lehrverträge weiterzuführen.

3. Jan Kirchmayr: Prüfungstermine Check-Schreibanlässe

Jan Kirchmayr (SP) zitiert aus der Antwort des Regierungsrats: «*Wie bei promotionsrelevanten Prüfungen kann auch bei den Checks nicht ausgeschlossen werden, dass die Schülerinnen und Schüler tricksen*». Er weiss von Schülerinnen und Schülern, die das Aufsatzthema in Deutsch oder Englisch schon im Vorfeld des Checks wussten. Dies ist absurd. Mit der Antwort des Regierungsrats kann er sich nicht ganz einverstanden erklären. 1. Zusatzfrage: *Wie kann das Resultat eines Checks in Deutsch oder Englisch noch evidenzbasiert beurteilt werden, wenn das Aufsatzthema bereits im Vorfeld bekannt war?* Ist das Thema nämlich bekannt, können die Schülerinnen und Schüler den Aufsatz beispielsweise mit Chat-GPT schon vorbereiten oder mit Übersetzungsmaschinen alle relevanten Wörter heraussuchen.

2. Zusatzfrage: *Wie rechtfertigt der Regierungsrat die jährlichen Kosten für die Checks von über CHF 1 Mio., wenn das Institut für Bildungsevaluation einfach Prüfungsfrage aus dem Kanton Basel-Stadt übernimmt?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) zeigt auf, wie die Checks aufgegleist werden. Die Aufgabenstellung sind einzig den Fachpersonen für Deutschdidaktik und einer vierkantonalen Gruppe von Lehrpersonen bekannt. Sie geht davon aus, dass die involvierten Fachpersonen die Prüfungsfragen nicht weitergeben. Bei der Weitergabe dürfte es sich insofern um Einzelfälle handeln. Ist es so, wie von Jan Kirchmayr beschrieben, dann müssen sich die Jugendlichen im Vorfeld der Checks intensiv mit der Thematik beschäftigen. Sie müssen recherchieren, googeln, nachschlagen etc. Damit wird eigentlich auch ein Ziel erreicht, indem daraus hoffentlich ein gewisser Lernzuwachs resultiert. Dass bei Prüfungen gemogelt wird, gab es schon immer und kann auch nicht vollständig verhindert werden. Die Lehrpersonen haben selbstverständlich eine Aufsichtspflicht und müssen schauen, dass die Schülerinnen und Schüler die Prüfungen nicht abfotografieren. Dies ist aber nicht immer so einfach. Es ist falsch, wenn aufgrund der Vorkommnisse darauf geschlossen wird, dass die Checks überhaupt keine Aussagekraft mehr haben.

Es soll darauf hingearbeitet werden, dass zumindest im Kanton Basel-Landschaft die Checks überall am gleichen Tag stattfinden sollen. Es wird auch versucht, dass dies vierkantonal möglich wird.

Eine Prüfungsaufgabe – eine von rund 60'000 Aufgaben aus einem Pool – hatte offenbar Ähnlichkeiten mit einer früheren Prüfung. Regierungsrätin Monica Gschwind ist nicht begeistert, dass die Aufgabe wiederverwendet wurde. Das Amt für Volksschulen wird mit dem Institut für Bildungsevaluation Kontakt aufnehmen und die Thematik erörtern. Zudem wird das Thema in der vierkantonalen Begleitgruppe besprochen und bei Bedarf sollen die nötigen Schritte eingeleitet werden. Sie geht darin völlig einig mit Jan Kirchmayr, dass in die Checks viel Geld investiert wird und diese entsprechend gut entwickelt sein und mit den Zielen des Lehrplans übereinstimmen müssen.

4. Anita Biedert: Vierkantonale Vergleichsprüfungen

Anita Biedert (SVP) ist nicht mit allen Antworten ganz einverstanden. Zusatzfrage: *Arbeitet das Fachgremium daran, den Korrekturmodus zu hinterfragen und zu verändern, insbesondere bei den Aufsätzen?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) bestätigt, das Fachgremium sei an der Arbeit. Es ist wichtig, dass die Checks laufend weiterentwickelt werden und die Lehrpersonen ihre Erfahrungen einbringen können. Deshalb wurden auch die Arbeitsgruppe und die Fachgremien eingesetzt. Die Checks generieren für den Kanton wichtiges Steuerungswissen. Im Bildungsbericht Schweiz wird auch auf die Checks verwiesen, weil in der Schweiz ganz wenig Steuerungswissen vorhanden ist, wie es dieses im Bildungsraum Nordwestschweiz aufgrund der Checks gibt.

Caroline Mall (SVP) stellt folgende Zusatzfrage: *Was konkret soll verbessert werden und welchen Mehrwert haben die Checks?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) erklärt zum Mehrwert der Checks, dass diese zeigten, wo die Schülerinnen und Schüler zum Zeitpunkt der Checks stehen. Die Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler wird ersichtlich. Die Ergebnisse können detailliert – selbstverständlich anonymisiert – ausgewertet und so gewisse Fragestellungen beantwortet werden. Zwei Beispiele: Wie wirkt sich eine spätere Einschulung auf die Leistungen aus? Welche Überlappungen gibt es zwischen den Leistungsniveaus? Die Checks ermöglichen, Wissen über die Leistungsfähigkeit der Schulen zu gewinnen. Der Kanton Basel-Landschaft investiert jährlich – bei der Universität gemeinsam mit Basel-Stadt – CHF 800 Mio. in die Bildung. Die Bildungsdirektorin möchte wissen, was dabei herauschaut und wo der Kanton steht. Mit den Checks können viele Erkenntnisse gewonnen werden. Die gesamtschweizerische Überprüfung der Grundkompetenzen sowie PISA liefern weitere Anhaltspunkte. Es besteht die Überzeugung, dass andere Checks, wie etwa die Mindsteps, nicht die gleich wertvollen Ergebnisse wie die vierkantonalen Checks liefern können.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
